

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Ar. 43.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 22. Oktober 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengeuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Vom Gegner soll man lernen!

Nicht zu leugnen ist, daß die Arbeitgeber des Holzgewerbes die Jahre der gewerblichen Stagnation in rechtlicher Weise zur Stärkung ihrer Organisation benutzt haben. Gegenüber müssen die Holzarbeiter gestehen, daß sie in Beispielen der Arbeitgeber nicht gefolgt sind, und namentlich die äußere Entwicklung ihrer Organisation nicht in der menschenwürdigen Weise gefördert haben.

Wohl noch nie hat es eine Zeit gegeben, in der so rühmlich dem Ausbau ihrer Vereinigungen von den Arbeitgebern Arbeit wurde wie jetzt. Aber nicht nur auf die Stärkung der Vereinigungen ist man bedacht, sondern sucht überall wo nur möglich, seinen Vorteil wahrzunehmen. Das gilt wohl von den Innungen, wie auch von den Arbeitgeberverbänden. Erstere, die früher nicht leben und nicht leben konnten, sind vielfach zu neuem Leben erwacht. Besonders in Westdeutschland, wo die Konkurrenz das Geschäft ist. Die Gegenseite, die hier zwischen den Anhängern der Arbeitervereine und der offiziellen Innungsbebewegung resp. deren Führer hintermännern bestehen, haben dafür gesorgt, daß die Parteien mit größtmöglichem Eifer den Interessen der selbständigen Handwerker Rechnung tragen. Der Kampf beider Parteien neue Anhänger zu und je mehr dieses Fall ist, um so leichter wird die Interessenwahrnehmung möglich. Kreise, die bisher allen Bestrebungen der Arbeitgeberorganisation ferngestanden haben, werden durch die Werbetätigkeit gewonnen. So ist es zu verstehen, wenn die Bestrebungen der Innungen oder des Essener Tischlervereins von manchem Erfolge gekrönt sind. Insbesondere ist der Einfluß auf die Stadt und sonstigen Behörden nicht zu unterschätzen. Langsam aber stetig geht eine Reform der Innungsordnungen vor sich und der Ausschlag von 28 Präzedenzfällen ist schon in mehr als einem Orte in öffentlichen Arbeiten erzielt worden. Langsam geht die Arbeit auf und nach und nach werden die Freigabe sichtbar.

Diese Selbsthilfe der Arbeitgeber, geschäftlich durch die Innungsbebewegung, ist es indes nicht allein, die anerkannt werden muß. Die Innungen sind auch vielfach die Träger anti-sozialreformerischen Geistes. Am besten wird dies bewiesen durch die heftige Agitation, die hier gegen den Fortgang der Sozialreform betrieben wird. Als halbamtliche Institutionen darf der Einfluß der Innungen diesbezüglich durch nicht zu gering veranschlagt werden. Nur zwei Stiefenpferde der Innungsmeister, die bei der Besprechung der Reichsversicherungsordnung immer geritten werden, seien erwähnt: die Verwerfung der sog. Versicherungsämter und die Beibehaltung der Innungsrentenkassen. Von den Versicherungsämtern erwartet man durch die hier erfolgende Festsetzung der Höhe der Unfallrente, eine starke Steigerung der sozialen Kosten, resp. der Beiträge zu den Berufsgenossenschaften. Noch eine Innungsversammlung, die sich mit dieser Frage beschäftigte, hat indes die Einsicht gehabt, die Rentenquerschnitte der Berufsgenossenschaften zu verurteilen. Für die Innungsmeister kommt hier lediglich ihr materieller Verlust, der dazu angezweifelt werden muß, da er zu den Betriebskosten rechnet, in Betracht. Die Verluste, die die unfallverletzte Arbeiterschaft durch die Selbstherrlichkeit der Berufsgenossenschaften erleidet, sind ihnen vollständig bedeutungslos. Die bisher einzigartige Grundlage, daß der Schuldner dem Gläubiger einfach bestimmte, und so viel bekommt du und mehr nicht, war nur bei den Berufsgenossenschaften anzufinden. Wenn heute nach dem Entwurf auch noch nicht der Gläubiger (Unfallverletzte) klagen darf, das und das bist du Schuldner (Berufsgenossenschaft) mir schuldig, sondern eine Mittelinstanz (Berufungsamt) ein Wortchen mitzureden hat, so ist das gegen den heutigen Zustand ein Fortschritt; die gerechteste Einrichtung ist das immer noch nicht. Und daß die Innungen hiergegen Sturm laufen, ist bezeichnend für deren Verfassung. — Ähnlich ist es mit den Innungsrentenkassen. Sind diese wirklich ein Mittel, zur Hebung des Standesbewußtseins? Die Meister mag hier und da zutreffen, für die Gesellen nicht. Letztere haben sich in Krankentassenfragen dort wo die Innungskasse besteht, dem Willen der Innungsversammlung zu beugen. Für die Mitglieder der Innungsrentenkassen gibt es keine Selbstverwaltung. Sie stehen auf der Stufe mit den Mitgliedern der Gemeindeversicherung. Den Holzarbeitern sollte deshalb das Verständnis für dieses Mittel der Standeshebung fehlen, zumal bei der herrschenden Standesfreundlichkeit, ohne heftige Gegenagitation die Innungsmeister sehr leicht zu ihrem Ziele gelangen werden. Sie ist eben die Gesamtheit nichts, der Mittelstand hingegen alles.

Die antisozialen Bestrebungen der Innungen finden die schärfste Unterstützung der Arbeitgeberverbände. In der letzten Zeit keine Veranstaltung von Holzarbeitern vergangen, ohne eine scharfe Abgabe an die verschiedenen sozialpolitischen Gesetzvorlagen Reichsversicherung-

ordnung und Arbeitskammerngesetz haben immer die eingehendste Behandlung und schroffste Verwerfung erfahren. Nicht einmal die Angestellten der Arbeiterorganisationen will man in den Arbeitskammern wissen. Ja, als Instrument der Erziehung der Arbeiterschaft zu „gelben“ Kreaturen, da wären die Arbeitskammern schon willkommen. Zu beachten bleibt hier auch, daß im neugegründeten Hansabunde, die Holzindustriellen eine Hauptrolle spielen. Wenn auch das sozialpolitische Programm des Hansabundes unverfänglich erscheint, so muß doch als sehr wahrscheinlich angenommen werden, daß diese Unternehmerorganisation auf die Dauer nicht an der Stellungnahme zu sozialpolitischen Fragen vorbeikommt, in denen die Meinungen von Arbeitern und Arbeitgebern auseinandergehen. Und wird erst einmal Stellung genommen, dann wird das der zum Einfluß gelangte Bund sicherlich nicht im Sinne der Arbeiter tun. Wir stehen so vor der Tatsache, daß die Organisation der Arbeitgeber nach innen und außen immer mehr erstarbt und ihr Einfluß auf die soziale Gesetzgebung in immer stärkerem Maße wächst.

Nicht nur das! Entgegen der Ansicht mancher Kollegen darf hier wohl ausgesprochen werden, daß die Haltung der Arbeitgeberverbände im Ruhrrevier und in Mitteldeutschland bei der beendeten und noch bestehenden Lohnbewegung kein Zeichen der inneren Schwäche sein braucht. Eine Organisation der Arbeitgeber, die sich einfach über gefällige Schiedsprüche hinwegsetzt und trotz aller Abmachungen schaltet und waltet wie sie will, ist sicher gefährlicher wie eine solche, die Abmachungen auch respektiert und zur Durchführung bringt. Wenn deshalb in den verschiedensten Städten die Leipziger Schiedsprüche noch nicht zur Anerkennung gekommen sind, so ist das kein Beweis für die Schwäche der Arbeitgeber — wohl aber ein solcher für die Schwäche der Arbeiterorganisationen. Wohl mag angenommen werden, daß die Arbeitgeberorganisation am Orte zu schwach war, um die allseitige Anerkennung der Schiedsprüche durchzusetzen; noch richtiger aber zeigt dieses vor der Schwäche der Position der Gewerkschaften, die es doch auch allezeit vermögen sollten, einen durchaus gerechtfertigten Kampf mit Erfolg aufzunehmen.

Am 12. Februar kommenden Jahres laufen für mehrere tausend Holzarbeiter in den Städten Berlin, Leipzig, Dresden, Spandau, Halle, Guben, Görlitz, Barmen, Burg, Düsseldorf, Cöln, Oldenburg, Bernau, Lübeck, Kiel, die Tarifverträge ab, falls von irgend einer Seite drei Monate vorher die Kündigung erfolgt. Was die Arbeitgeber beginnen werden, wissen wir nicht. Doppelte Anstrengungen sind deshalb unsererseits notwendig, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein. Der Ausgang der Tarifbewegung im Holzgewerbe ist von nicht geringer Bedeutung; nicht nur für die Holzarbeiter. Bekannt ist, daß am 31. März 1910 ebenfalls die Verträge für rund 300 000 Bauarbeiter ablaufen. Daß nun die Arbeitgeber des Baugewerbes alles versuchen werden, die Holzindustriellen zu beeinflussen, damit die vorübergehende Bewegung im Holzgewerbe den Arbeitern „nicht zu viel“ bringt, ist zu verstehen. Wir werden einen schweren Stand bekommen und Erfolge nur dann erzielen können, wenn wir die Reihen geschlossen haben und wie ein Mann in der Organisation stehen. Die Arbeitgeber können hier unsere Lehraeister sein. Sie haben die Krisenzeit gut ausgenutzt zur Stärkung und Festigung ihrer Verbände. Gehen wir das Versäumte nach.

Finanzreform und Volkswirtschaft.

Abseits von dem politischen Gezänk über die Einzelheiten der verabschiedeten Finanzreform, über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Steuer, erscheint es nützlich und notwendig, jene Tatsachen und Materialien etwas näher ins Auge zu fassen, welche durch die Finanzreform an die Öffentlichkeit gebracht sind und die gestatten, sich ein Bild zu machen von der Stärke, dem Umfang und der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Wir christliche Arbeiter, die auf dem Boden der heutigen Dinge stehen und die praktische Gegenwart zum Hauptziel unserer Bestrebungen gemacht haben, sind ganz besonders interessiert zu wissen, wie es in der deutschen Volkswirtschaft aussieht. Eine gesunde Volkswirtschaft bietet erst die Unterlage für die Möglichkeit besserer Löhne und sicherer Arbeitsbedingungen. Nicht nur die Arbeiter, sondern alle Produktivstände: Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Gewerbe sind an gesunden Zuständen im Wirtschaftsleben dringend interessiert. Und über all die kleinen Interessenfragen der verschiedenen Stände und Gruppen schwebt das gemeinsame Ziel aller: unser deutsches Vaterland arbeitskräftig und volkswirtschaftlich gesund zu erhalten. Unsere nachfolgenden Artikel sollen aus den reichen Materialien, welche die Erörterung der Finanzreform zulage fördern, das Wichtigste behandeln. Diese positive Arbeit

erscheint uns weit wichtiger, als ein näheres Eingehen auf die wüste Heze der Sozialdemokratie und der mit ihr verstopften freien Gewerkschaften gegenüber unserer Bewegung. Wir haben schon früher betont, daß gerade die Sozialdemokratie infolge ihres revolutionären klassenkämpferischen Programms sich des Rechtes der sachlichen Kritik beraubt. Wer die Welt vom Standpunkt des sozialdemokratischen Parteiprogramms aus beurteilt und alle Maßnahmen betrachtet, ob sie das Endziel der Sozialdemokratie fördern oder nicht, kann zu einem objektiven Urteil nicht gelangen. „Unsere Aufgabe im Parlament ist es, in erster Linie agitatorisch zu wirken“, sagte Stadthagen in seinem Bericht über die Finanzreform in Berlin und er hat damit die Situation gut gezeichnet. Nicht Interesse für das Volk und für die arbeitenden Klassen, nicht das ehrliche Wollen, die Verhältnisse zu bessern und die dazu gebotenen praktischen Möglichkeiten zu benutzen, ist die Triebfeder für die sozialdemokratische Agitation, sondern über allen ihren Maßnahmen schwebt die Frage; nützt es den Parteinteressen? Eine Finanzreform vor der Bedeutung, wie sie in Deutschland jetzt verabschiedet worden ist, kann man unmöglich mit der Redensart „Steuerraubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes“ abtun. Indessen wir wollen uns hier nicht in Einzelheiten verlieren, wollen nur unsere Absicht dahin kundgeben, daß wir nicht gewonnen sind, die Agitationen des Sozialdemokraten des langen und breiten zu diskutieren. Glücklicherweise haben unsere christliche Arbeiter gesundes Urteil genug um sie entsprechend einzuschätzen.

Darüber dürfte alleseitig Einigkeit bestehen, daß die Beschaffung von 500 Millionen Mark neuer Steuern ein einzigartiger Vorgang ist, der in keinem Kulturland, auch in Deutschland selbst nicht ein Vorbild hat. Ein Land, welches dazu die Kraft hat, kann kein armes Land sein, es muß vielmehr über starke Vermögens- und Einkommensgrundlagen verfügen, es muß eine gesunde Volkswirtschaft besitzen, um eine solche Steuerlast ertragen zu können. Geht die jetzt beschlossene Steuer über die Kraft und Leistungsfähigkeit unseres Volkes und unserer Wirtschaft? Das ist die Kernfrage, die nicht von heute auf morgen beantwortet werden kann, sondern auf die erst eine Antwort erfolgen darf, wenn die Steuererlässe einige Jahre in Kraft sind. Die Regierung hat für die Begründung ihres Finanzgesetzes breite Unterlagen geboten über die volkswirtschaftliche und finanzpolitische Kraft Deutschlands. Diese Materialien sind wertvoll genug, um auch in unserem Organe besprochen und veröffentlicht zu werden. Wir machen hier gleichzeitiger Zeit aufmerksam auf ein bemerkenswertes Buch, das in objektiver und sachlicher Weise diese Materialien behandelt und auch gleichzeitig die Wirkung der einzelnen Steuern. Das Buch erschien im Volksvereinsverlag M.-Stadbach und den Titel: „Die Reichsfinanzen und die Steuerreform“ von Dr. Paul Beusch (Preis 2 Mk.). Den nachfolgenden Artikeln haben wir die Berechnungen von Dr. Beusch wesentlich mit zugrunde gelegt.

In der Beurteilung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Reichsfinanzreform muß von vornherein zweierlei unterschieden werden: 1) die Wirkung auf die von den Steuern betroffenen Gewerbe und 2) die Wirkung auf die gesamte Volkswirtschaft. Es bedarf gar keines Hinweises darauf, daß die von den Steuern betroffenen Gewerbe vorübergehend geschädigt, oder sagen wir besser, in ihrer weiteren Entwicklung gehemmt werden. Der Kreis dieser Gewerbe ist nicht gering. Die Alkoholsteuern treffen die Brauereien, Brennereien und Wirte in erster Linie. Durchweg haben wir es hier mit organisierten Gewerbegruppen zu tun, die in der Lage sein werden, die neue Belastung auf die Konsumenten überzuwälzen und eine dauernde Schädigung ihres Gewerbes zu verhindern. Ja, man kann ernsthaft von der Gefahr sprechen, daß diese Ueberwälzung auf das konsumierende Publikum in einem viel zu hohen Maße stattfindet. Wir sehen deshalb, daß an manchen Orten gegen die übermäßige Bierpreiserhöhung scharf Stellung genommen wird. Alles in allem genommen werden aber diese Gewerbe sich am ehesten mit den Steuern abfinden, ohne das große Erschütterungen für das Gewerbe daraus erfolgen. Schlimmer liegt die Sache beim Tabakgewerbe. Die Ueberwälzung auf das konsumierende Publikum ist erheblich schwieriger, infolge der Desorganisation des Tabakgewerbes und vor allen Dingen infolge des Einflusses der Händlerkreise auf die Herstellung der Fabrikate. Wenn irgendwie für ein Gewerbe deshalb eine größere Rücksicht geboten war, so war es für das Tabakgewerbe. Es soll hier nicht erörtert werden, in welcher Form und auf welchem Wege das hätte zustande gebracht werden können. Aber wenn eine Steuermaßnahme so tief eingreift in ein Gewerbe, so hat die Regierung auch die moralische Verpflichtung, dem Gewerbe zur Seite zu stehen um die kritische Zeit zu überwinden. Wenn dazu eine Anzahl Millionen verwendet würden zur Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter und der in Schwierigkeit geratenen kleineren Fabrikanten, so würde eine solche Maßnahme gerechtfertigt sein. Leider hat sich bei der Ueberwälzung, mit der zuletzt die

ganzen Steuern beschlossen wurden, nicht viel mehr erreichen lassen. Immerhin soll man die vier Millionen, die für die Unterstützung der Tabakarbeiter vorläufig ausgemessen sind, nicht unterschätzen. Der sozialdemokr. Reichstagsabgeordnete Südekum schreibt in einem Artikel des Korrespondenzblattes der Generalcommission über die neuen Steuern und ihre Wirkung auf die Volkswirtschaft bezüglich der Tabakunterstützung das folgende:

„Dieser viel genannte Entschädigungsparagraf, der 4 Millionen für brotlose Zigarrenmacher vorsieht, bringt ein ganz neues Prinzip in unsere Reichsgesetzgebung hinein. Bisher hat man nur immer Kapitalisten entschädigt, die man durch Steuer oder andere Gesetze um ihren Erwerb gebracht hat, jetzt sollen auch die Arbeiter etwas erhalten, natürlich nur, damit es so aussieht, als ob etwas für sie geschehe. Die Furcht vor den Wählermassen hat das Zentrum und die Konservativen zu dieser Haltung veranlaßt. Sei dem indessen, wie ihm wolle, an dem Prinzip ändert sich nichts. Wenn auch bei den anderen Steuern sogar das Prinzip der Arbeiterentschädigung abgelehnt wurde, so wird doch ein einmal in einem Gesetz eingeführter Gedanke nicht wieder aus der Welt geschafft. Konsequenz durchdacht ist eine solche Entschädigung der Tob jeder indirekten Steuer.“

Ueber die Motive, welche die bürgerlichen Parteien veranlaßt haben, die Unterstützung der Tabakarbeiter in das Gesetz aufzunehmen, wollen wir mit Herrn Südekum die Unterstützungsanträge als wohlthätig wirkend anerkennen; das genügt uns. Die Verhältnisse für die Tabakindustrie sind auch deshalb schwierig, weil sie ein so verschiedenartiges Bild darstellt. Sie zählt alle Gattungen von Produktivformen vom kleinsten „Fürsich-Arbeiter“ (Arbeiter, welche die Zigarrenherstellung für eigene Rechnung verfolgen und nur allein oder mit ihren Angehörigen daran arbeiten) bis zum Großfabrikanten der Hunderte von Arbeitern beschäftigt. Die Interessen sind hier also durchaus nicht einheitlich, und zweifellos trägt die Höhenbelastung des Tabaks mit Steuern dazu bei, den Kleinbetrieb zu erschweren. Je größer die Summe ist, die der Fabrikant für Steuern vorlegen muß, um so größer ist die Kapitalsumme, die er zu verzinsen hat für seinen Betrieb. Und rechnet man nur vom Zeitpunkt der Verrentung ab bis zur Einfuhr des verarbeiteten Produktes rund ein Jahr, so ergibt sich, daß also die Tabakindustrie die vorgelegten Steuerkapitalien um ein rundes Jahr verzinsen muß, zweifellos ein Umstand, der die Produktion verteuern hilft. Also die nachteiligen Wirkungen auf die einzelnen Gewerbezweige dürfen nicht gelenkt werden und hieraus resultieren auch wohl die größten Bedenken gegen die Tabaksteuer, welche bei den meisten bürgerlichen Parteien vorherrschen. Insbesondere wird auch die Tabakindustrie nach Überwindung der entstandenen Krise wieder in ihre alten normalen Bahnen einzurücken, und wäre nur zu wünschen, wenn es ihr gelänge, ihre Produktion in Zukunft so einzurichten, daß für die Fabrikanten annehmbare Gewinne und für die Arbeiter bessere Löhne herauskämen.

Für die betreffenden Gewerbe ist aber die endliche Erledigung der Finanzreform insofern gut, als dieselben aus der Unsicherheit heraus kommen. Zwei Jahre lang während welchen die Steuerfrage den innerpolitischen Horizont verunkelt, kämpften diese Gewerbe mit einer stetigen Unsicherheit, welche die züchtige Entwicklung hemmte. Nach Erledigung der Steuern kann das Gewerbe sich einrichten und so wieder zu gewohnten Verhältnissen gelangen.

Es wäre aber falsch, lediglich die Steuerwirkung von diesem Gesichtspunkte aus zu betrachten. Die Reichsfinanzreform hat eine außerordentlich große Bedeutung für die Gesamtanlage des deutschen Wirtschaftslebens. Für ihr Gelingen und Gelingen ist Voraussetzung eine gesunde Lage des Staatshaushalts nach innen und nach außen. Ein Staat mit ungeordneten Finanzen wird niemals das Vertrauen für sich in Anspruch nehmen können, wie ein solcher mit geordneten Finanzverhältnissen. Deshalb war die Regelung des Finanzwesens nicht bloß eine politische, sondern auch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Und wir dürfen deshalb auch erwarten und hoffen, daß die Erledigung der Reichsfinanzreform zur Stärkung und Kräftigung unseres Wirtschaftslebens beitragen wird. Wenn man bedenkt, welche Unsummen an Löhnen ausfallen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und daß als Erfolg der Finanzreform eine Gesundung des Wirtschaftslebens zu erwarten ist, so muß auch die Belastung der mittleren Bevölkerung durch bestimmte Steuern als ein kleineres Uebel betrachtet werden. Damit soll nicht etwa verkannt werden, daß unser Finanzsystem und auch die neuen Steuern nicht vollständig einwandfrei sind, im Gegenteil, auch die Steuerengerechtigkeit bedarf noch erheblich des weiteren Aufbaues.

Da die Gesundung der Reichsfinanzen diese Wirkungen sofort haben wird, kann erst nach einem längeren Zeitabschnitt beurteilt werden; schon jetzt zeigen sich allerdings erhebliche Anzeichen dafür. Gleich nach Erledigung der Finanzreform sind in unzähligen Kreisen, wie denn überhaupt das Wirtschaftsleben schließlich, wenn auch langsam, wieder zu einer besseren Epoche heranzukommen. Unwillkürlich erinnert uns dies hier an den analogen Vorgang bei der Vollziehung der Agrarreform. Er zeigte sich auch in unseren Reihen Verwirrung an und es heute sind auch in den Reihen der gewöhnlichen Arbeiter die Hoffnungen über den Reut oder Unerz der Fülle noch geteilt. Ueber diese prägnante Seite wollen wir uns hier nicht weiter verbreiten, aber es darf wohl auf einen Aufwand hingewiesen werden, der heute offenbar vor aller Augen liegt und der doch dem Lande Recht gibt, welche von der Vollziehung und dem sich demnächst entzweigenden Hauptverzweigen eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse erwarten. Das Ziel der Vollziehung für Industrie und Landwirtschaft ist in gleicher Weise die inländische Produktion zu fördern und die ausländische Konkurrenz in bestimmten Grenzen zu halten. Unter dem Schutze der Fülle ist sich unter deutsche Eisenindustrie ganz gewöhnlich zu stellen. Nicht

ist hier sogar die großkapitalistische Spekulation und vor allen Dingen die Kartellierung der Industrie etwas zu stark gefördert worden. Zweifellos aber hat die Zollgesetzgebung für die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit einen unverkennbaren Erfolg gezeigt. Die deutsche Landwirtschaft ist immer mehr in die Lage versetzt worden, den Bedarf an Nahrungsmitteln für das Inland zu decken. Das ist zwar noch nicht vollkommen erreicht, aber gehen die Fortschritte der ausländischen Produktion so weiter wie bisher, so wird der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo dieses Ziel erreicht ist. Das bestätigt uns sogar der „Vorwärts“, das Zentralorgan der soziald. Partei. In einer Artikelserie, „Die Blockadegefahr“, in der nachgewiesen werden soll, daß mit Rücksicht auf die Unterbringung der Getreidezufuhr nach Deutschland die Erhaltung einer größeren Flotte nicht notwendig sei, schreibt der „Vorwärts“ u. a. das folgende:

Weiter wollen wir noch die Behauptung auf ihren Wert prüfen, daß bei einer Störung der Lebensmitteleinfuhr insolge Blockierung der Küsten ein Hungersnot die unaussprechliche Folge sein würde. Zunächst Deutschland bei der Ernährung seiner Bevölkerung auf das Ausland angewiesen ist, das zeigt deutlich die folgende Tabelle. Es betrug im Jahre 1906 bei den wichtigsten Nahrungsmitteln in 1000 Tonnen:

	Eigenproduktion	Einfuhr	Ueberschuß d. Einfuhr über die Ausfuhr
Roggen	9 626	665	404
Weizen	4 399	2091	1749
Gerste	3 111	2075	2058
Hafer	8 431	680	343
Kartoffeln	42 937	65	107
Summa	68 504	5776	4661

Wir sehen also, daß Deutschlands Bedarf an den wichtigsten Nahrungsmitteln nur zu etwa einem Fünftel vom Auslande gedeckt wurde. Wir dürfen hier aber nicht außer Acht lassen, daß in Deutschland allein in den Brennereien das Zwölftel der gesamten Kartoffeleinfuhr verbraucht wurde (Original-Sperre), daß große Mengen an Kartoffeln zur Stärkemehlbereitung Verwendung fanden, und daß der Getreidebedarf zur Branntweinerzeugung die gesamte Roggenseinfuhr übertraf (Original-Sperre). Ferner dürfen wir nicht vergessen, daß Deutschland für 237 Mill. Mark aus deutschen Häfen gemonnenen Zucker exportierte, welche Summe beinahe dem Wert der ganzen Weizeneinfuhr gleicht; und endlich ist noch zu beachten, daß ein Teil des eingeführten Getreides in Form von Rehl wieder in das Ausland zurückgeht; hatte doch Deutschland 1906 in Wehl eine Ausfuhr von 139 000 t, der nur 17 000 t Einfuhr gegenüberstanden. Handelt es sich also um die Ernährung der Einwohnerschaft, so kann Deutschland im Ernstfalle diese noch immer allein besorgen (Original-Sperre), wenn man nicht gerade eine ungünstige Ernte voraussetzt.

Doch unsere Gegner behaupten, daß die Lebensmitteleinfuhr infolge des Wachstums der Bevölkerung immer größer werden wird; aber diese Behauptung, die man schon vor mehreren Decennien aufstellte, hat sich bis jetzt noch nicht als gerechtfertigt erwiesen. In einem weit höhern Grade nämlich, als die Vermehrung der Bevölkerung vor sich geht, steigt auch die Produktivität der Landwirtschaft. Die folgende Tabelle mag das beweisen:

Vom Hektar wurden gemeldet Doppelpentner:

	1881/83	1894/96	1906
Roggen	9,87	11,67	15,78
Weizen	12,50	15,10	20,35
Winterweizen	11,93	11,10	14,31
Sommergerste	12,90	14,33	18,92
Kartoffeln	81,00	98,37	130,03
Hafer	10,63	12,97	19,97
Wiesenheu	29,20	33,77	48,28

Die Jahre 1907 und 1908 haben eine weitere starke Steigerung der Ernteerträge gebracht; nicht doch beispielsweise der Ertrag bei Roggen auf 13 Doppelpentner pro Hektar. Die Ertragssteigerung zeigt sich also bei den einzelnen Getreidearten bis zu nahezu 100 Prozent, während sich die Bevölkerung in demselben Zeitraum um nur 33 Prozent vermehrte. Diese Steigerung der Ertragsfähigkeit ist vor allen Dingen auf die Fortschritte in der Bearbeitung des Bodens zurückzuführen. Zweifellos können hier noch weit bessere Resultate erzielt werden, und die Behauptung vieler Fachmänner, daß Deutschland bei rationaler Ausnutzung und Bearbeitung seines Bodens noch auf viele Jahre hinaus seinen Bedarf an Lebensmitteln allein decken könnte, ist durchaus nicht übertrieben. Sicher ist es, daß diese Steigerung der Ertragsfähigkeit nicht bis ins Unendliche fortführen wird, aber auf jeden Fall ist die Höchstgrenze noch lange nicht erreicht.

Diese Ausführungen sprechen für sich. Ganz besonders machen wir aufmerksam auf die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft. Sie stellt einen ungemein großen Gewinn für die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft dar. Jeder Zentner Getreide, den wir in Deutschland mehr produzieren und dem wir infolgedessen nicht vom Auslande zu kaufen brauchen, ist ein direkter Gewinn für die inländische Volkswirtschaft. Daß auch die Industrie an einer leistungsfähigen Landwirtschaft interessiert ist, bestätigt uns ebenfalls der „Vorwärts“, indem er schreibt: „Die Heimat ist einmal für unsere Industrie noch immer der beste Markt“ (Nr. 195 1909). Es ist nicht unmöglich, daß vielleicht unsere Bauern viel früher freihändlerisch gehandelt oder wenigstens für eine Ermäßigung der Schutzzölle günstiger gehandelt werden als unsere Industrie. Die Landwirtschaft hat an zu hohen Preisen ihre Produkte kein Interesse, dadurch wird höchstens der Spekulationsgedanke in die Landwirtschaft hineingetragen. In dem Moment, wo die Landwirtschaft in der Lage ist, den vollen Bedarf für die einheimische Bevölkerung zu decken, schwindet ihr Interesse an den Schutzzölen ganz erheblich und zwar umso mehr, als die Getreide exportierenden Länder mit stetig wachsenden Produktionskosten zu rechnen haben und deshalb ihre Getreide zu den höchsten Preisen nicht mehr anbieten können, wie dies früher der Fall war. Deutschland zieht aus der inländischen, geläuterten und magarischen Landwirtschaft jährlich eine erhebliche Zahl von Arbeitern an sich, zur Verwendung teils in der Landwirtschaft, teils in der Industrie. Aus den agrarischen Gegenden der genannten Länder findet in den letzten Jahren eine stärkere Auswanderung statt, selbst wenn man nur die letzten

Mangel an Arbeitskräften die Produktionskosten der inländischen Landwirtschaft steigen müssen. Außerdem mag der Fortschritt der Kultur auch in jenen Ländern die Ansprüche der Bevölkerung größer. Kurz und gut, das steht fest, die deutsche Landwirtschaft hat sich unter dem Schutz der Zollgesetzgebung merklich erholt, sie ist durch die Zahlungsfähigkeit der beste Kunde unserer Industrie geworden, sie vermag dem deutschen Boden in erhöhtem Maße Produktionsgewinne abzugewinnen und steigert damit die volkswirtschaftlichen Gewinne im allgemeinen. Alle diese Dinge aber sind seit sehr langer Zeit auf das Strikteste abgelehnt worden. Damit wollen wir eine Stellung für oder gegen die Schutzpolitik nicht eingenommen haben: wir konstatieren nur die Tatsache.

Es geht aber nicht an, daß ein so wichtiger Teil der deutschen Volkswirtschaft, wie es die Landwirtschaft ist, mißachtend und geringschätzend behandelt wird, wie dies Südekum im Korrespondenzblatt tut. Südekum behauptet, daß bei der neuen Steuergesetzgebung die agrarischen Interessen zu sehr berücksichtigt seien und schreibt in diesem Zusammenhang: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft steht einem lächerlichen Mißverhältnis zu der Forderung, die man in den Gesetzen zuteil werden läßt. Man kann sagen, daß die Landwirtschaft nur noch eine parasitäre (Schmarotzer) Existenz bei uns führt.“

Wir sind gewiß kein Freund jener großagrarischen Kreise, die sich oft so unliebsam durch ihre Einseitigkeit und Unverständlichkeit für den sozialen Fortschritt auszeichnen, und solche seien mehr oder weniger in allen Parteienlagern; aber deshalb ist ein so abschreckendes Urteil über die gesamte Landwirtschaft nicht nur nicht berechtigt, sondern volkswirtschaftlich direkt falsch und ungerecht.

Es erscheint uns unbestreitbar, daß die Agrargesetzgebung der letzten Jahrzehnte die Landwirtschaft aus ihren Missethaten befreit und die Produktivität der Landwirtschaft zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft erheblich gesteigert hat, wie der „Vorwärts“ selbst nachweist. Eine intensive Bodenbewirtschaftung war erst möglich durch die Anwendung moderner Hilfsmittel: Maschinen, künstliche Dünger, Kraftfutter, usw. Und diese wiederum erst, nachdem die Landwirtschaft Kapital kräftiger wurde infolge besserer Preisgestaltung. Analoge Beispiele könnten aus der Industrie zahlreiche angeführt werden, besonders aus der Montanindustrie.

Sollen wir nun nicht in gleicher Weise hoffen und erwarten dürfen, daß auch die Finanzreform eine Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse in der Gesamtheit herbeizuführen geeignet ist? Ganz gewiß! Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die neuen Steuern auch wirklich zur Gesundung der Reichsfinanzen verwendet werden und die Schuldenwirtschaft nicht weiter geht. Das ist Sache der Reichsinstanzen. Auf die finanziellen Grundlagen des Reichs und die sie beeinflussenden Faktoren, Meer, Marine, Kolonialpolitik werden wir später noch näher eingehen. Aber schon jetzt wollen wir feststellen, daß die Steuerleistung eines Volkes an gewisse Grenzen gebunden ist, darüber hinaus müssen die Steuern volkswirtschaftlich schädlich wirken.

Verbandsnachrichten. Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam,

daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. Okt. fällig ist. Laut § 39 des Statuts muß die Quartalsabrechnung innerhalb 14 Tagen nach Quartalschluß erfolgt sein. Die Zahlen, welche noch nicht abgerechnet haben, werden hierauf aufmerksam gemacht.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch 5810 auf den Namen Wilhelm Görz lautend. Das Buch ist für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Kollegen! Seid Ihr gewillt in eine andere Arbeitsstelle einzutreten, so erkundigt Euch zuvor über die hier bestehenden Verhältnisse, bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Arbeiter in der Organe veröffentlichen gesperrten Orte und Firmen bietet keinerlei Gewähr dafür, daß bei ungenannten Firmen keinerlei Mißstände oder Differenzen bestehen.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist ferngehalten von

Schreiner und Maschinenarbeiten: Altenessen (Schneeberg), Diepenbrock, Heidelberg, Haggeburg, Giefen, Crefeld (Gebr. Pompe), Delbe, Celle, Rauhheim, Ludwigshafen, Frankfurt a. M., Pforsheim, Meran (Zentralstelle), Gießen, Stahlmachern: Celle.

Der Kampf in Südwestdeutschland geht unverändert weiter. Streikbrecher sind fast gar nicht vorhanden, trotz der verlockendsten Angebote der Arbeitgeber. Angesichts dieser Situation kommt der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband in immer größere Rasamitäten. Der großen Ludwigshafener Arbeitgeber, die mit ihren Arbeitern Frieden geschlossen haben, sind die Arbeitgeber in Pforsheim gefolgt, so daß dort der Kampf nun endgültig beigelegt ist. Diese Schlägen suchen die Herren vom Arbeitgeberverband dadurch weitumzusetzen, daß sie nun in Frankfurt a. M. von Schreinermeister zu Schreinermeister laufen, um die „Boddenmänner“ doch noch zum Aussperrn zu bringen. Das hilft es allerdings nicht. Es haben in den letzten Tagen

Soziale Rundschau.

Die Schreiner-Fachabteilung des katholischen Gesellenvereins zu Köln, die unter der Leitung unseres Verbandsmitgliedes Kollegen Wullen steht, entfaltet in ihrem letzten Geschäftsjahre eine emsige und segensreiche Tätigkeit. Wie aus dem in der Generalversammlung vom 30. Sept. d. J. erstatteten Berichte hervorgeht, war das Bestreben der Abteilungsleitung im letzten Jahre darauf gerichtet, den Fachzeichnenunterricht durch Spezialzeichnerkurse vollkommener zu gestalten. Insgesamt 39 Versammlungen wurden abgehalten. In 31 Versammlungen fanden Vorträge, in 5 Besprechungen von Artikeln aus Fachschriften statt. Die übrigen waren besonderen Abteilungsangelegenheiten gewidmet. Die Thema der Vorträge waren fachlicher, gewerblicher, sozialer und allgemein bildender Art. 78 verschiedene Fragen liefen im Fragekasten ein. Die Versammlungen waren durchweg von 55—60 Mitgliedern besucht. An 41 Sonntagen fand zweistündiger Zeichenunterricht, speziell Fachzeichnen statt. Es nahmen an demselben insgesamt 95 Mitglieder teil. Zum Fachzeichnenunterricht meldeten sich 62 Teilnehmer. Ein Ornamentzeichnerkurs wies 43 Teilnehmer auf, ein Kursus in perspektivischem Zeichnen 26 Teilnehmer. Der erste Kursus erstreckte sich auf 21 Abende, letzterer auf 13. Die Arbeiten der theoretischen und praktischen Kurse waren bei Gelegenheit des 60-jährigen Stiftungsfestes des Vereins ausgestellt und fanden vielfaches Interesse. Die Ausstellung dauerte vom 20.—31. Mai. Vom 20. August bis 24. Septemb. fand zweimal wöchentlich praktischer Unterricht im Polieren statt. Aus der Bibliothek wurden 38 Bände verliehen. Der Bücher- und Zeitschriftenvertrieb ergab eine Summe von 359,78 Mk. — Unter Führung eines der Herren Zeichenlehrer wurden von der Abteilung beauftragt das Wallraf-Richartz-Museum, Kautenstraße-Joest-Museum, und die Kirche St. Paul. Von der Abteilung wurden ferner noch die Dombäume besichtigt, sowie Chor- und Schatzkammer des Domes besichtigt. Die Mitglieder nahmen auch an zwei Vorträgen des Herrn Dombaumeisters a. D. Kutz mit dem Thema: Rheinischer Fachwerkbau mit reichhaltigen Erläuterungen teil. Der Ausflug der Abteilung ging in das Siebengebirge. Im letzten Jahre konnte ein lang gehegter Wunsch verwirklicht werden: die Errichtung einer Sammlung der für den Schreiner in Betracht kommenden verschiedensten Holzarten.

Der Bericht zeigt, wie wertvoll die Bestrebungen der Abteilung für den vorwärtsstrebenden Berufsangehörigen sind und in welcher vorteilhafter Weise hier die Bestrebungen unseres Verbandes ergänzt werden. Wohl sämtliche Abteilungsmitglieder gehören auch dem Verbande an und herrscht zwischen Verband und Abteilung das beste Einvernehmen. Es ist mir zu wünschen, daß dieses Verhältnis ein dauerndes bleibt.

Zweifelhaftige Hilfs-Krankenkassen treiben noch immer ihr Unwesen. Da die Aufsichtsbehörde in keinem anderen als durch die gesetzlichen Bestimmungen vorgezeichneten Fällen einschreiten kann, ist sie zu ziemlich geringer Macht verurteilt. Trotz aller Aufklärung durch die Tages- und Gewerkschaftspresse nimmt so, Dank derjenigen, die nicht alle werden, die „primäre Krankenversicherung“ ihren Fortgang. Das Verhalten diverser Regierungen, z. B. Deutsche Erde, Hochheide; Rheinische Krankenversicherungskasse, Köln; Roland, Berlin u. a. hat nicht vermocht, dem Publikum die Augen zu öffnen. In neuester Zeit machen wiederum eine Anzahl solcher Kassen in unliebsamer Weise von sich reden. Wir nennen nur folgende: Deutsche Kranken-Unterstützungskasse zu Kassel, Versicherungsanstalt in Straßburg, Deutsche Kranken- und Sterbe-Versicherungsanstalt in Barmen, Krankenversicherung und Sterbekasse in Barmen, Allgemeine Kranken-Versicherungskasse in Chemnitz, Allgemeine Deutsche Kranken- und Begräbnis-Versicherungskasse in Gießen, Kranken- und Lebens-Versicherungskasse in Koblenz, Westfälische Versicherungs-Kranken- und Unterstützungskasse für ganz Deutschland in Köln, Bittoria in Jülich, Volkswohl in Berlin, Brundenburgische Krankenversicherung in Berlin. Außerdem gibt es in Leipzig und Posen Kassen, zu welchen der Beitritt nicht empfohlen werden kann. Das beste Mittel gegen die Schädigungen solcher Kassen ist, den Agenten ohne weiteres die Türe zu weisen.

Die Bestrebungen zur Volksbildung sollten in den christlichen Gewerkschaften nachdrücklich unterstützt werden. Nicht etwa in der Weise, daß ein Jahrbuchchen das andere drückt, sondern durch den Hinweis auf Berufsanforderungen, die den Sinn für alles Gute und Schöne wecken. Manchmal

wird es sich auch empfehlen, wenn von Seiten der Gewerkschaften derartige Veranstaltungen selbst arrangiert werden. Es sind ja heute schon in den verschiedensten Großstädten die Kartelle dazu übergegangen, entweder allein oder in Verbindung mit den konfessionellen Arbeitervereinen Volksbildungsabende und Vorstellungen in den Stadttheatern eigens für die Mitglieder zu geben. Wir erinnern an Köln, wo die Aufführungen sich des lebhaften Zuspruchs erfreuen. Allein nicht in allen Orten läßt sich derartige bieten. Es muß hier eben zu anderen Hilfsmitteln der Volksbildung gegriffen werden. Zu nennen sind da in erster Linie Lichtbilder-Vorträge. Wie sehr diese Vorträge anprechen, ist schon an der umfangreichen Tätigkeit der Lichtbildereis-Gesellschaft in M.-Glabbach, Volksvereins-haus, zu erkennen. Nun hat auch die Hauptstelle südd. kath. Arbeitervereine (München, Herrstraße 36) eine eigene Abteilung für Lichtbilder eingerichtet, um allen christlichen Vereinen und Organisationen gegen geringe Leihgebühr (3—5 Mk. pro Serie) die Bilder zur Verfügung zu stellen. Den Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften steht die Lichtbilderei ebenfalls zur Verfügung. Von den bereits erschienenen Serien dürften sich u. a. für Gewerkschaftsversammlungen eignen: Wunder des Himmels; Alte und neue Verkehrswege; Der Postverkehr einst und jetzt; Der Dampf im Dienste des Verkehrs; Bergbau; Gutenberg und seine Kunst; Die deutsche Luftschiffahrt; Das deutsche Museum München; Das Arbeitermuseum zu München; Krupp und seine Werke. — Ausführliche Kataloge geben die oben bezeichneten Stellen gern gratis an Interessenten ab.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Der Bund deutscher Steinmetz- und Wagnerinnungen hielt in der Zeit vom 21.—24. August d. J. in Berlin seinen 24. Verbandstag ab. Das im „Zentralblatt für Wagenbau“ erschienene Protokoll der Verhandlungen weist aus, daß der Bund trotz der angestrengtesten Agitation in den Jahren 1907 und 1908 seine Mitgliederzahl nur von 1476 auf 1520 steigern konnte. Die Zahl der angeschlossenen Innungen beträgt 42. Der Geschäftsbericht des Vorstandes beschäftigte sich u. a. mit dem Arbeitgeber-Schutzverband im Wagenbaugewerbe, der durch den Bund ins Leben gerufen wurde, einer Resolution an Reichstag und Bundesrat, nach welcher alle Betriebe, welche Stellmacher beschäftigen, zu den Kosten der Wohlfahrts-Einrichtungen der Stellmacherinnungen herangezogen werden sollen und einer Statistik, die auf Grund eines von der letzten Generalversammlung gefassten Beschlusses über die ortsüblichen Löhne und Arbeitszeiten an verschiedenen Orten aufgenommen ist. Obwohl zu letzterer an sämtliche Innungen die Fragebogen gelangt wurden, haben es nur 20 Innungen der Mühe wert gehalten, Angaben zu machen. Aus dem gewonnenen Material ließ sich ergeben, daß in kleineren Orten eine zehnstündige und in mittleren und größeren Orten eine 9 1/2-stündige Arbeitszeit üblich war. Der Durchschnittslohn soll in kleineren Orten auf 45 Pfg., in mittleren und größeren Orten auf 60 Pfg. pro Stunde stehen. Erfolgreiche Streiks sollen in den letzten beiden Jahren von den Gesellen an Bundesorten nicht geführt worden sein. Dies das Ergebnis der Statistik, nach deren Bekanntgabe die Delegierten des Stellmacher-Innungs-Verbandstages sicherlich ebenso schlau gewesen sind, wie vorher. Die Statistik ist gewiß nicht dazu angetan, die Gedanken der Stellmachermeister mehr auf das soziale Gebiet zu lenken.

Das Gegenteil läßt sich von den Meiden sagen, die die Herren Kahardt über Arbeitskammern und Versicherungsreform, sowie Rasse über den Arbeiterschutz-Verband für die Wagenbaugewerbe hielten. Nach Kahardt haben die Handwerksmeister die „nicht unerheblichen“ Lasten der neuen Gesetze zu tragen.

„Aber wir wollen und können nicht alle Lasten tragen, die man uns aufbürdet.“ In die Arbeitskammern kommen von den Arbeitnehmern natürlich die Herren Führer und besoldeten Agenten, denn ruhige, anständige Arbeiter, die nicht vom Parteiziel besessen sind, dürfen im Kreise ihrer Kameraden ja nicht mehr den Mund aufmachen.“ „Wir haben zu zahlen, aber nicht mitzureden.“ Bei den Arbeitskammern wird das noch schlimmer, wenn in diesen Kammer die Arbeitermeister Beschlüsse fassen, die auf der Stimme des Bescheidenden Rechtsbeschlüsse sind, wer wollte dann noch selbständiger Handwerker bleiben? Bloß um sich zu kaufen der Arbeitnehmer auspowern zu lassen, das hat man doch kein Geschäft! Der ausgeworbene Handwerker muß erst daran, aus sich selbst und von dem Kreise, dem er angehört, Hilfe zu erhalten, er wagt sich der Sozialdemokratie nicht gerade in die Arme, aber er wählt den Sozialdemokraten.“

Also rebete Herr Kahardt von den Arbeitskammern von den Stellmachermeistern. Bei der Reichsversicherungsordnung maßigte er sich. Hier ist das schlimmste Attentat auf die Handwerker aber die Unfallversicherung mit ihren Rentenfestsetzungsämtern, mit ihren Kosten, die wir bezahlen müssen. Die Kahardt'schen Gedankengänge fanden in der Diskussion ein Echo und unter lebhaftem, wiederholtem Beifall erfolgte die Annahme einer Resolution, nach der das Handwerk wieder für die Arbeitskammern noch für die Reichsversicherungsordnung einstehen kann.

Noch einmal lebte gegen Schluß der Tagung das Interesse auf, als der Generalsekretär L. Rasse über den Arbeitgeber- und für das Wagenbaugewerbe referierte. Trotz aller Bemühungen seien die Erfolge des Schutzbundes nicht zufriedenstellend, da nur an wenigen Orten Verständnis der Stellmachermeister „für unsere Sache“ herrsche. Demgegenüber sei dringend zu raten, dem Arbeitgeber-Schutzverband beizutreten, „um unberechtigte, unerfüllbare Forderungen Ihrer Arbeitgeber wirksam abweisen zu können.“

„Der Schutzbund im Wagenbaugewerbe soll berufen seine Mitglieder vor der Abhängigkeit von den Arbeitnehmerorganisationen zu bewahren und sie bei Streiks zu schützen. Wo allem aber soll unser Schutzbund den sozialen Frieden sichern. Es ist keine Kampfesorganisation, sondern eine Abwehrorganisation. Wir wollen keineswegs die Arbeitnehmer hindern, für die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage einzutreten, jedoch zu weitgehende Lohnforderungen müssen zurückgewiesen werden, ebenso die Forderung eines Mitsprachungsrechtes in den Betrieben. Die Arbeitnehmerorganisationen machen nicht Halt und versuchen mit allen Mitteln, ihre von der sozialdemokratischen Partei diktierten Forderungen durchzusetzen. Bei denen es sich heute weniger um die Lohnfrage, als um die Machtfrage dreht. Hier heißt es: Hat der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer im Betriebe zu bestimmen? Sie werden mir wohl alle darin recht geben, wenn ich sage: Der Arbeitgeber allein hat zu bestimmen. Dieses Recht will man Ihnen aber freitig machen. Berechnen Sie solche Annahme zurückweisen. Ebenso muß die übertriebenen Lohnforderungen ein Ziel gesetzt werden, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.“

Wenn Herr Rasse kein tiefgründigeres Material für die Notwendigkeit des Arbeitgeberverbandes vorbringen kann, als lose Behauptungen und Verdrehungen der Sachlage, dann sollte er ruhig einpacken. Wohl wenig Gewerbe dürfte geben, in denen eine so gering bezahlte, unter schlechten Verhältnissen arbeitende und doch dabei so begnügliche Arbeiterschaft vorhanden ist, wie im Stellmachergewerbe. Aus dem Erkenntnis dieser Sachlage heraus fehlt gewiß den meisten Arbeitgebern das Interesse am Schutzbunde. Die Gesellen sind halt schon brav ohne jene Scharfmachergründung. Dank dem in Stellmachergewerbe keine weiteren Wurzeln faßt. Der allseitigen Einwirkung werden auch die Stellmachermeister wohl erliegen. Errang doch schon auf der Berliner Tagung Ehrenobermeister Nicht von den Tischler-Innungen, als Herr Rasse voll und ganz zustimmte, Dank. Auch die Tatsache, daß der Berliner Stellmacher-Obermeister Fiedler für den Arbeitgeber-Schutzverband recht warm eintrat zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde, rechtfertigt die Annahme, daß im Stellmachergewerbe der Scharfmacherge einmal doch noch eine größere Rolle spielen wird.

Soziale Rechtsprechung.

Eine Urkundenfälschung ließ sich der sozialdemokratisierte Maurer Wöhrmann in Pforzheim zu Schulden kommen, als er sich eines guten Tages mit noch zwei Gleichgesinnten beim Jahrestellenvorsitzenden des Zentralverbandes der christlichen Staats-Gemeinde, Verkehrs- u. Hilfsarbeiter in genannter Stadt einstellte, um Aufnahme in den Verband eruchte und bei dieser Gelegenheit nicht seinen Namen, sondern einen „frei erfundenen“ an den Aufnahmezettel setzte. Da die Pforzheimer „Genossen“ den christlichen Gewerkschaften gar „zu hold“ wurden, wurde angenommen, daß die drei Kumpane nur deshalb erschienen waren, um ihm Aufträge von Hintermännern den christlichen Gewerkschaften zu spionieren. Dafür fehlte jedoch dem Jahrestellenvorsitzenden das Verständnis und er larvete er das „neue Mitglied.“ Das Gericht, welches nun mit der Sache beschäftigt, verurteilte, wie man aus Pforzheim mittels, den Wöhrmann wegen Urkundenfälschung zu zwei Wochen Gefängnis.

Adressenveränderungen.

Kahardt. V. Franz Kammanns, Margloh, Kaiserstraße 13.
Darmstadt. R. Peter Dürrbeck, untere Königsf. 32, Stb. 1. C.
Guttmann. R. Franz Thiel, Turmstraße 113.

Berichtungen.
Zahntelle Oerphanten
Sonntag, 21. Oktober, abends 6 1/2 Uhr bei heimliche erlesenen. Mitgliedsversammlung. Ein auswärtiger Kollege erwartet. Die Frauen sind nicht zugelassen.
Schiffelle Bierchen.
Sonntag, 31. Okt., nachmittags 6 Uhr bei Genossen, Bundesversammlung. Mitgliedsversammlung. Ein auswärtiger Kollege erwartet. Die Frauen sind nicht zugelassen.
Schreiner-Verbands-Feierabend
Freitag, 2. November, abends 8 Uhr bei Genossen, Bundesversammlung. Mitgliedsversammlung. Ein auswärtiger Kollege erwartet. Die Frauen sind nicht zugelassen.

H. Kollmer's
Zahntelle für Oktober u. I. gener. Zeichen
zu Schmied, Gertrudenstr. 64, Erbenstraße.
Preis und schrittweiser Fortschritt mit Tages- und Abend-Unterricht.
In drei Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Vorbereitung für die Meisterprüfung.
In sechs Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.
Bekanntlich 25 Mark pro Monat.
Kontinuierliche Abkürzungen.
Einzeln kann jedoch erfolgen. Nach Auskunft durch die Direktion: **H. Kollmer.**
Adressen gratis gegeben.
Eingedeigte Soumiere
für Häufige, Schneiden, Gellungen.
Werkzeuge gegen 20 Pfg. in Briefmarken.
Jahresliche Anfertigungsgewinn.
Einfache, billige, zuverlässige, schickere.
Dresdenerstraße 7.

Süddeutsche
Schreiner-Fachschule
Münchberg.
Erstklassige Lehranstalt.
Kirchenweg 14. Dir. C. Kuhnau.
Tischler-Fachschule
Münchberg a. Harz.
gehobene Ausbildung als Werkmeister, Betriebsleiter und Zeichner. Programm frei.
Direktor Kuhnau.
Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Einfache Lehre für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden Mk. 5. Sie beziehen von Direktor Kuhnau, Münchberg a. Harz.

Tischler-Fachschule Deilmold
gegründet 1893. Städt. Schulgebäude, Meisterwerkmeister, Zeichner, Grosse Hör- u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten :: Programme frei. ::
Direktor Brecht.
Mitteldeutsche Tischler-Fachschule
Cöthen in Anhalt.
Erste höh. Lehranstalt der Branche m. Repeating-Ausbildung (Meisterprüfung) und Selbststudien. Programme frei durch die Direktion.